

Bericht von der Tagung des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen

Kingston/Jamaika vom 1.-11. Januar 1979

Die karibische Insel Jamaika, auf der die diesjährige Sitzung des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen stattfand, trägt heute noch die Spuren des Sklavenhandels, denn die buntgemischte Bevölkerung hat nichts gemein mit der Urbevölkerung, sie wurde mit den Sklavenschiffen geschäftstüchtiger Europäer hierhergebracht, um auf den großen Plantagen, von denen noch einige existieren, zu arbeiten. Es ist kein Wunder, daß der Ministerpräsident dieser Insel, Michael Manley, einer der leidenschaftlichsten Verfechter einer Neuen Weltwirtschaftsordnung ist und dieses auch in einer großangelegten Rede den Delegierten von 295 Kirchen vortrug. Die Antworten des Kameruners Dr. Aron Tolen und eines deutschen Delegierten bezeichneten die Spannweite der Probleme: der Afrikaner kritisierte die einheimischen Eliten, die es verhinderten, daß die Massen der Entwicklungsländer einen gerechten Anteil an dem erhalten, was die Weltwirtschaft erbringt. Der deutsche Delegierte kritisierte, daß gerade die wohlhabendsten Länder, wie die Bundesrepublik Deutschland, immer noch nicht das 0,7% Ziel erreicht haben, um ihren bescheidenen Beitrag zur Überwindung der Unterentwicklung zu leisten. Doch nicht die Neue Weltwirtschaftsordnung stand im Mittelpunkt der Beratungen, sondern drei andere Themen: der Sonderfonds des Antirassismus-Programms, die Theologie einer „gerechten, lebensfähigen und partizipatorischen Gesellschaft“ und die Finanzkrise des ÖRK selbst.

1. Der Antirassismus-Fonds

Als man in Jamaika zusammenkam, erwartete man allgemein harte Auseinandersetzungen über den Antirassismus-Fonds. Der schlanke, weißhaarige Dr. Williams, Delegierter der Heilsarmee, war mit zwei weiteren Vertretern der Heilsarmee gekommen, um den Standpunkt seiner Organisation, die ihre Mitgliedschaft im ÖRK suspendiert hatte, zu vertreten. Die Presbyterianische Kirche in Irland dagegen, die ebenfalls ihre Mitgliedschaft suspendiert hatte, hatte keinen Delegierten geschickt. Der Generalsekretär des ÖRK, Philip Potter, wies bereits in seinem Rechenschaftsbericht auf diese Auseinandersetzungen hin und stellte einen Konsultationsprozeß in Aussicht, dessen Modalitäten er aber nicht näher definierte. Er verteidigte den Antirassismus-Fonds gegen Kritiker u.a. mit folgendem Hinweis: „Es muß gesagt sein, daß die Debatte vor allem in bestimmten westlichen Ländern stattfand, die am stärksten in die Aufrechterhaltung des rassistischen Systems verflochten sind.“ Damit war wohl in erster Linie die EKD gemeint, denn die US-Kirchen hatten keine Kritik am Sonderfonds angemeldet ebensowenig wie der British Council of Churches oder die großen skandinavischen Kirchen. Die irische Kirche konnte auch

kaum gemeint sein oder die schwarze Vereinigte Kongregationalistische Kirche des südlichen Afrika, deren Vertreter, Pfarrer Samuel Arends, zwar den Kampf gegen die Apartheid bekräftigte, aber jede Anwendung von Gewalt ablehnte.

Erst als Präsident Held das Wort ergriff und die Bedenken des Rates der EKD darlegte, wurde die Debatte lebhaft und gipfelte in der Bemerkung des anglikanischen Bischofs Okullu (Kenia), daß diejenigen, die den Antirassismus-Fonds kritisierten, selbst Rassisten seien. Erst allmählich brach sich, vor allem in den Ausschüssen und durch zahlreiche Gespräche zwischen den Vertretern der verschiedenen Positionen die Erkenntnis Bahn, daß es möglich ist, ein überzeugter Gegner des Rassismus und des Apartheidsystems zu sein und doch Veränderungen an der Art der Verwaltung des Fonds für nötig zu halten. Es war die umgekehrte Situation wie in der Bundesrepublik. Hierzulande gerät jeder, der sagt, daß der Antirassismus-Fonds eine notwendige Funktion in allen den Fällen habe, in denen es darauf ankomme, den Opfern polizeilicher und militärischer Repression zu helfen, in die Gefahr, als Sympathisant von Terroristen angesehen zu werden. In Jamaika kam jeder, der Veränderungen der Verwaltung des Fonds vorschlug, leicht in den Ruf, ein Rassist zu sein.

Das Ergebnis der langen Verhandlungen war ein Kompromiß. Den Bedenken des Rates der EKD, daß Beiträge in den Sonderfonds fließen könnten, die an den ÖRK für andere Projekte oder für die Verwaltung des ÖRK gezahlt wurden, wurde dadurch Rechnung getragen, daß nunmehr die Verwaltung dieses Fonds aus den für diesen bestimmten Spenden selbst getragen wird. Außerdem wurde der von Philip Potter angekündigte Konsultationsprozeß präzisiert, indem beschlossen wurde, daß dieser in einer Konferenz enden solle, an der Kritiker und Befürworter des Fonds zusammenkommen und gemeinsam die Richtlinien für die zukünftige Ausrichtung des Fonds festlegen sollen, um diese dann dem Exekutivausschuß 1980 vorzulegen. Im übrigen wurde klar festgestellt, daß der Fonds auf jeden Fall weiterhin nötig sei, um den Opfern des Rassismus in aller Welt zu helfen. Es kommt nun für die deutschen Kirchen darauf an, daß sich der Rat der EKD, die Südafrika-Kommission und die mit den Realitäten des Rassismus bisher noch nicht befaßte Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD darauf vorbereiten, ihren Standpunkt in diesen Konsultationen überzeugend zu vertreten. Dabei muß nach den Grenzen und Möglichkeiten christlichen Widerstandsrechts gegenüber Regierungen, die grobe Menschenrechtsverletzungen begehen, nach der Stellung des Ökumenischen Rates in Konfliktfällen, in denen sich zwei oder mehr einander bekämpfende Befreiungsbewegungen gegenüberstehen, und nach dem Verhältnis zwischen der Verantwortung des Spenders und dem Vertrauen zu dem Empfänger von Hilfeleistungen in Konfliktfällen gefragt werden. Es wäre zweifellos gut, wenn sich Vertreter der europäischen Kirchen vorher auf regionaler Ebene über diese Probleme aussprechen könnten. Dabei könnte nicht nur manche deutsche Position relativiert, sondern auch Verständnis für die deutsche „Gewaltdiskussion“ geweckt werden.

2. Die theologische Debatte

Hinter der Diskussion über den Antirassismus-Fonds stehen verschiedene theologische Ansätze, die innerhalb dieser Debatte kaum in die Öffentlichkeit gebracht

wurden. Sie wurden aber an einem anderen Thema deutlich, nämlich an einem Dokument, das von einer Arbeitsgruppe, die der argentinische Theologe Prof. Miguez-Bonino leitete, vorgelegt wurden und die sich mit den Grundlagen einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft beschäftigte. Dieses Dokument war nicht in der von Dr. Lukas Vischer geleiteten Abteilung Glauben und Kirchenverfassung, sondern in der Programmeinheit II Gerechtigkeit und Dienst ausgearbeitet worden. Man merkte diesem Bericht an, daß er unter Zeitdruck entstanden war und nur wenige Theologen verschiedener Richtungen daran beteiligt wurden. Die Kritik an dieser Vorlage war sowohl in den Arbeitsgruppen als auch im Plenum sehr heftig, so daß sie zur Neubearbeitung zurückverwiesen werden mußte. Es ist zu hoffen, daß sich auch europäische Theologen an der Überarbeitung dieses wichtigen, aber kontroversen Textes intensiv beteiligen werden.

Ganz anders erging es dem Bericht der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung „Eine gemeinsame Rechenschaft von der Hoffnung“. Dieser Bericht wurde durch einen Methodisten von Sri Lanka und einen französischen Dominikaner vortragen. Diese Vorlage läßt erkennen, daß es nach vielen schwierigen und konfliktreichen Diskussionen gelungen war, die sehr verschiedenartigen und kaum miteinander vergleichbaren Stellungnahmen der verschiedenen Gemeinden und Kirchen, die der Kommission vorlagen, auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Wie ein Bericht des deutschen Theologen Pannenberg zeigt, wurde es in diesen Diskussionen den Theologen von den Laien nicht leicht gemacht, so daß sie eine Sprache finden mußten, die nicht nur den theologisch Geschulten verständlich ist. In diesem Dokument gelang es, die „große Hoffnung“ der Christen mit den „kleinen Hoffnungen“ unserer Welt in Bezug zu setzen und nicht die eine von den anderen verdrängen zu lassen. Der Zentralausschuß nahm mit großer Einmütigkeit diese Vorlage an und ehrte damit auch die erfolgreiche 18jährige Arbeit von Lukas Vischer, der Ende 1979 den Ökumenischen Rat verlassen wird.

3. Die Finanzen des ÖRK und ihre Auswirkungen

Die Finanzen des Ökumenischen Rates sind, obwohl ihm 295 Kirchen angehören, seit jeher prekär. Das erklärt sich daraus, daß die Mehrzahl der Kirchen kleine und arme Gemeinschaften in der Dritten Welt sind und die Kirchen in den sozialistischen Ländern keine Möglichkeiten haben, Geld zu transferieren, weil dem die Devisenbestimmungen entgegenstehen. So ist es erklärlich, daß die amerikanischen Kirchen und die EKD gemeinsam 75% des ÖRK-Haushalts bestreiten. Wenn Philipp Potter auch in seinem Rechenschaftsbericht sagte, daß sich diese Kirchen „unendlich großzügig verhalten (hätten), ohne durch ihre finanzielle Überlegenheit die Arbeit des Rates beeinflussen zu wollen“, bleibt das eine schwere Hypothek für beide, für Geber und Empfänger. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind deshalb so dramatisch, weil auch die Währungen der Länder, in denen die US-Kirchen und die EKD beheimatet sind, gegenüber dem Schweizer Franken erhebliche Kursverluste erlitten haben. Man mußte die Ausgaben um 12% kürzen und weitere Ausgabensenkungen für die nächsten Jahre vorsehen. Die Ausgaben des ÖRK sollen von 29,5 Millionen Schweizer Franken (1979) auf 23,5 Millionen Franken (1981) gesenkt werden. Die Konsequenz ist, daß bis zur nächsten Vollversammlung (1983) eine große Zahl von

Mitarbeitern entlassen werden muß und markante Stellen nicht wieder besetzt werden können.

Hinzu kommt die neueingeführte 9-Jahres-Regel, die nur in Ausnahmefällen auf Antrag des Generalsekretärs eine Verlängerung der Beschäftigung eines Stabsmitgliedes über diese Zeit hinaus erlaubt. Die prominentesten Opfer dieser Regelung wurden auf der Sitzung des Zentralausschusses in Jamaika die aus Südafrika stammende Leiterin der Programmeneinheit III Brigalia Bam und der Leiter von Faith and Order Lukas Vischer. Obwohl die Regel einiges für sich hat, da die Mitgliedskirchen daran interessiert sind, ökumenisch erfahrene Mitarbeiter zu bekommen und der ÖRK Wert darauf legt, durch seine Stabsmitglieder engen Kontakt zur Basis zu behalten, leidet sie darunter, daß es keine präzisen Kriterien gibt. Es ist in das Belieben des Generalsekretärs gestellt, ob er eine Verlängerung beantragt oder nicht. Im Falle von Brigalia Bam, besonders aber von Lukas Vischer, war die Nichtverlängerung der Verträge sehr umstritten. Sie wurden jedoch schließlich durch Mehrheitsentscheidung des Zentralausschusses gebilligt. Es war offensichtlich, daß sowohl die Vertreter der orthodoxen Kirchen als auch die Delegierten der Dritten Welt an einem Wechsel interessiert waren. Die Gründe sind komplex und mögen zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß man nach langer Vorherrschaft europäischer Theologie eine Veränderung wünschte. Diese Kurskorrektur wurde auch daran deutlich, daß neben Konrad Raiser nun ein orthodoxer stellvertretender Generalsekretär tritt, der bulgarische Theologe Professor Sabev.

Die Position eines dritten Stellvertreters des Generalsekretärs konnte noch nicht besetzt werden, da der Zentralausschuß den von Philip Potter präsentierten Kandidaten ablehnte und den Generalsekretär beauftragte, für diese Stelle eine Frau, vorzugsweise aus der Dritten Welt, vorzuschlagen. Es wäre auch merkwürdig, wenn ausgerechnet der ÖRK, der sich seit jeher als Vorkämpfer für die Beteiligung der Frauen an politischen und kirchlichen Entscheidungen betrachtete, keine Frau in sein Leitungsgremium wählen würde. Das ist durch das Ausscheiden von Brigalia Bam, die sich sehr aktiv um die internationale Frauenarbeit gekümmert hat, um so notwendiger geworden. Die Verunsicherung, die die Personalentscheidung von Philip Potter bei einem Teil der Delegierten, aber auch bei manchen Stabsmitgliedern hinterlassen hat, macht es dringend nötig, daß die Präsidenten des ÖRK und der Moderator darauf hinwirken, daß in Zukunft auf diesem Gebiet ein behutsamerer Kurs eingeschlagen wird, der das Vertrauen wiederherstellt.

4. Die *Menschenrechtsfrage*, die seit Nairobi auf den Sitzungen des Zentralausschusses eine wichtige Rolle spielte, wurde in Jamaika eher heruntergespielt. Das hatte seine Gründe, denn die Kommission, die in Genf 1977 eingerichtet wurde, um die Kirchen der vom Helsinki-Abkommen erfaßten Länder an einen Tisch zu bringen, konnte noch nicht zusammentreten. Es wurde vom Generalsekretär erklärt, daß es an Geld fehle, obwohl die EKD für diesen Zweck DM 40.000 zu Verfügung gestellt hatte. Der Zentralausschuß hat deutlich seine Kritik an diesem schleppenden Verfahren geäußert, und es wäre gut, wenn der Rat der EKD sich dafür einsetzen könnte, daß 1979 endlich diese Kommission einberufen wird und damit beginnen kann zu arbeiten. Immerhin beschloß der Zentralausschuß, daß alle Mitgliedskirchen bei ihren Regierungen darauf drängen sollen, die auf der letzten Zentralausschußsitzung befürwortete internationale Konvention gegen die Folter zu unterstüt-

zen. Hier könnte der ÖRK zusammen mit der katholischen Kirche versuchen, eine Bresche für die Menschlichkeit zu schlagen.

Auch ein anderes Thema fiel durch seine Vernachlässigung zumindest im Plenum auf: der Dialog mit den anderen Religionen. Keine Religion hat in den letzten Jahren eine solche innere und äußere Dynamik entwickelt wie der Islam. Der Ökumenische Rat hatte eher als der Vatikan und andere Kirchen begonnen, einen Dialog mit dem Islam zu eröffnen. Die inneren Schwierigkeiten des ÖRK sollten ihn nicht daran hindern, dies für den Weltfrieden wichtige Gespräch fortzusetzen. Auch das in Nairobi so spektakulär begonnene „Antimilitarismus-Programm“, das inzwischen eher zu einem Studienprojekt wurde, sollte seinen Platz wieder in den Plenardiskussionen des ÖRK finden, denn weder die Neue Weltwirtschaftsordnung noch der Weltfrieden lassen sich erreichen, ohne mit Leidenschaft für den Abbau der weltweiten Aufrüstung zu kämpfen — und wer könnte diesem internationalen Übel glaubwürdiger entgegentreten als die Kirche Christi, dessen Evangelium das Liebesgebot zur obersten Richtschnur des Handelns macht?

Blickt man auf die Zentralauschußsitzung in Jamaika zurück, so wird deutlich, daß es notwendig ist, nicht nur den Dialog mit den Kirchen der Dritten Welt und der Orthodoxie zu verstärken, sondern zwischen den Sitzungen der Leitungsgremien des ÖRK das Gespräch zwischen den europäischen Kirchen und mit den amerikanischen Kirchen aufzunehmen. Es besteht ein offensichtliches Defizit an theologischen und sozialetischen Überlegungen, die weder von den orthodoxen Kirchen noch von den Vertretern der Dritten Welt allein eingebracht werden können. Kluge Theologen wie der junge polnische Orthodoxe Jan Achiumuk fragen immer wieder nach den theologischen Gesprächspartnern aus den Kirchen des Westens. Und der Dresdener Bischof Dr. Hempel hat mehrmals mit Nachdruck auf die Notwendigkeit gründlicher theologischer und sozialetischer Arbeit hingewiesen. Es wäre gut, wenn unsere Kirchen und theologischen Fakultäten diese Anfragen ernst nehmen würden und begännen, ökumenischer zu denken.

Gerhard Grohs